



Die Armee der Zukunft muss sich auf ein hybrides Konfliktbild ausrichten.

BJÖRN TROTZKI / IMAGO

Für ein weitsichtiges Risikomanagement

Die Schweiz kann ihr sicherheitspolitisch relevantes Umfeld allein nicht entscheidend beeinflussen. Aber sie kann wichtige Beiträge leisten. Dies darf nicht dem Spardruck zum Opfer fallen. Gastkommentar von Martin Dahinden

Eine vorausschauende Sicherheitspolitik baut im Wesentlichen auf einem umsichtigen Risikomanagement auf. Dieses muss in erster Linie auf das sicherheitspolitisch relevante Umfeld einwirken – am besten, wenn Risiken noch weit davon entfernt sind und noch keine unmittelbare Bedrohung darstellen. Neben den machtpolitischen Herausforderungen im Zuge des Ukraine-Kriegs gilt es dabei auch andere Risiken einzubeziehen: Die digitale Transformation, demografische Umwälzungen, die Deglobalisierung, der Klimawandel oder Konflikte auch in entfernteren Weltgegenden sind für die Sicherheit der Schweiz wichtig.

Mit welchen Mitteln kann die Schweiz am wirksamsten auf solche Risiken Einfluss nehmen? Die militärische und die politische Macht der Schweiz sind zu gering, um damit das Umfeld wirksam zu beeinflussen, ebenso das wirtschaftliche Potenzial. Hingegen verfügt die Schweiz über bedeutende Soft Power, was auch internationale Rankings belegen. Soft Power wirkt durch Anziehungskraft. Sie beruht auf Kenntnissen, Wissen, Werten und Ähnlichem, was das Verhalten anderer beeinflussen kann. Dieses Potenzial wird für die Sicherheits- und Aussenpolitik der Schweiz noch zu wenig genutzt.

Soft Power spielt eine zentrale Rolle in Politikbereichen, die geeignet sind, Konflikt dynamiken zu beeinflussen. Zu ihnen gehören die Friedensförderung, die Guten Dienste (die dringend neuer Modelle bedürfen), die humanitäre Hilfe, die Entwicklungszusammenarbeit, Wiederaufbau- und Transitionshilfe, Beiträge zur Bewältigung der demografischen Transition, die am Ausgangspunkt massiver irregulärer Migration steht, und so weiter.

Allein kann die Schweiz ihr sicherheitspolitisch relevantes Umfeld nicht entscheidend beeinflussen. Aber sie kann wichtige Beiträge leisten und durch Zusammenarbeit mit anderen die Wirkung des eigenen Beitrags erhöhen. Aus sicherheitspolitischer Sicht wäre es deshalb fatal, wenn diese ausgreifenden und präventiven Elemente der Sicherheitspolitik dem Spardruck zum Opfer fielen.

Der Bundesrat hat in seiner Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine erklärt, dass damit die Grundlagen für eine regelbasierte Friedensordnung in Europa zerstört worden seien. Tatsächlich erodiert die regelbasierte Ordnung etwa seit der Jahrtausendwende.

Das internationale Krisenmanagement, wie es noch während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien bestanden hatte, gibt es nicht mehr, und der Multilateralismus steckt trotz einzelnen Erfolgen in einer Krise.

Kleine Staaten wie die Schweiz sind auf verlässliche internationale Beziehungen angewiesen. Völkerrecht, Multilateralismus und eine kooperative Sicherheitsordnung müssen deshalb für die Schweiz ein besonders wichtiges Anliegen sein. Allerdings ist die Rückkehr zur Ordnung, wie sie unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges bestanden hatte und heute vielen westlichen Regierungen vorschwebt, kein gangbarer Weg. Eine zukünftige regelbasierte Ordnung kann nicht in der Verallgemeinerung westlicher Ordnungsvorstellungen

Kleine Staaten wie die Schweiz sind auf verlässliche internationale Beziehungen angewiesen.

bestehen. Sie muss verhandelt werden und Schwellenländer sowie den globalen Süden einbeziehen.

Am dringendsten ist es, das verlorengegangene Vertrauen in die internationalen Beziehungen wieder herzustellen und mit konkreten Vorhaben zu fördern. Dazu ist die Schweiz in einer guten Ausgangslage. Das internationale Genf ist der bedeutendste Hub für multilaterale Gouvernanz mit 41 internationalen Organisationen, Vertretungen von 180 Staaten, rund 750 Nichtregierungsorganisationen, jährlich über 4000 Besuchen von Staatschefs, Ministerpräsidenten und anderen hochrangigen Personen. Eine Stärkung des internationalen Genf ist deshalb auch aus sicherheitspolitischen Überlegungen wichtig und dringend.

Wichtig ist aber ebenso, der Armee die notwendigen Mittel zu sprechen. Die Armee der Zukunft muss sich auf ein hybrides Konfliktbild ausrichten mit Formen der Cyber-Kriegsführung, Terror- und Sabotageakten, dem Einsatz von Drohnen, der militärischen Nutzung künstlicher Intelligenz und so weiter. Terrestrische Angriffe auf die Schweiz mit mechanisierten und infanteristischen Verbänden sind ein unwahrscheinliches Szenario. «Zielbild und Strategie des Chefs der Armee» weisen in die richtige Richtung, ebenso die Schaffung des Kommandos Cyber, das Drohnen- und Robotikzentrum im Heer, aber auch die Koordinationsanstrengungen im Sicherheitsverbund Schweiz.

Die laufenden sicherheitspolitischen Debatten im Ausland und in der Schweiz rufen Erinnerungen an den Kalten Krieg wach. Eine Rückkehr in das Denken des Kalten Krieges mit seiner Übersichtlichkeit mag verlockend sein. Es bereitet aber nicht auf die breiten sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft vor.

Martin Dahinden unterrichtet Sicherheitspolitik an der Universität Zürich. Er war u. a. Botschafter in Washington und Direktor der Deza. Der Beitrag beruht auf einem Fachartikel im Online-Handbuch «Eine Aussenpolitik für die Schweiz im 21. Jahrhundert» der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik (SGA); am 10. April findet dazu eine Veranstaltung an der Universität Bern statt.